

1. Die Bilanz

Die Bilanz der Europäischen Integration 2018

Werner Weidenfeld

Gleichsam seismographisch lassen sich die Bewegungen und Erschütterungen Europas ablesen, wenn man die alltäglichen Schlagzeilen sensibel auswertet: „Weckruf für Europa“,¹ „Scheitert Europa“,² „Schafft Europa das?“,³ „Sehnsucht nach starker Führung“.⁴

Was steckt dahinter? Mehr als die traditionelle Abfolge europäischer Krisen und die darauf jeweils folgenden Fragmente eines Krisenmanagements. Nunmehr werden erstmals in der Integrationsgeschichte der Nachkriegszeit mit Nachdruck die Sinnfragen des Gesamtprojekts der Einigung Europas aufgeworfen.

Was ist der Grund für dieses höchst ungewöhnliche Phänomen? Zunächst erkennt man den Verfall früherer normativer Grundlagen. Sie sind im Generationenwechsel konsumiert. Sie erodieren. Und es fehlt als Kompensation ein Zukunftsnarrativ. Europa befindet sich in einer Ära strategischer Sprachlosigkeit.⁵ Versuchen wir, die Tiefe des Vorgangs zu erfassen:

Politik verkommt zur Inszenierung von Machtspielen. Das ist weit weg von der großen Aufgabe, den öffentlichen Raum aus überzeugenden Ideen heraus zu gestalten, rational die Mitverantwortung als Bürger und als deren Repräsentanten umzusetzen.⁶ Die Wahlergebnisse quittieren diese Merkwürdigkeiten. Sie belegen im Blick auf die Traditionsparteien das jeweilige Führungsdilemma ebenso wie den Autoritätsverlust. Die herkömmlichen Parteien verlieren europaweit an Zustimmung und zugleich dockt die Frustration der Wähler anderswo neu an. Der politische Apparat läuft einfach weiter, als sei nichts passiert.⁷ Mit Legitimationskrise ist jener lähmende Mehltau zu beschreiben, der sich über den Kontinent gelegt hat. Der Traum vom Aufbruch in eine neue historische Epoche sieht anders aus.

Die Europapolitik begegnet den großen historischen Herausforderungen – von der neuen Völkerwanderung über die terroristischen Gefahren, von der Klimakatastrophe über die Gestaltung der Beziehungen zur Türkei⁸ bis hin zur aktuellen weltpolitischen Risikolandschaft – entweder mit Ratlosigkeit oder mit situativem Krisenmanagement. Die Sehnsucht der Bürger nach strategischen Zukunftsperspektiven bleibt unbeantwortet. Die Politik nimmt Abschied vom kulturellen Horizont. Eine politische Elite bleibt sprachlos. Das eher verwirrende Hin und Her der europäischen Türkei-Politik ist ein praktisches Beispiel dafür. Der Problembezug ist höchst evident. Wer die aktuellen Papiere der diver-

1 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.7.2018, S. 8.

2 Handelsblatt vom 29.6.2018, S.1.

3 Der Tagesspiegel vom 1.7.2018, S. 4.

4 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.7.2018, S. 8.

5 Siehe ausführlicher dazu: Werner Weidenfeld: Europa. Eine Strategie, München 2014.

6 Vgl. vertiefend: Werner Weidenfeld: Europas Seele suchen, Baden-Baden 2017.

7 Vgl. Julia Klein/Julian Plottka/Amelie Tittel: Der Neustart der europäischen Integration durch eine inklusive Avantgarde?, in: *integration* 2/2018, S. 141–168, hier S. 144–147.

8 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Türkei“ in diesem Jahrbuch.

sen europäischen Parteien liest, merkt sofort: Nicht einmal auf die Suche nach einem Kompass begibt man sich. Außenpolitische Strategie, weltpolitische Verantwortung, sicherheitspolitische Risikobewältigung, demographische Strukturverschiebungen, Bewahrung des Naturraums, Zukunftsvision – alles Fehlanzeige. Offenbar gewöhnt man sich an eine Politik ohne Faszinosum. Das Wabern im politisch-kulturellen Unterfutter weist inzwischen Populismus, Nationalismus und Regionalismus auf.

Die konkreten Themen, die jeweils phasenweise die Europäer beschäftigen, sind einzelne thematische Fragmente, die vom Krisenmanagement erfasst werden: Der anstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, die Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn, die sich im Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegenüber Polen niederschlagen,⁹ neue Regierungen in Spanien und Italien, die Erweiterung der Europäischen Union im Westbalkan¹⁰ sowie Herausforderungen in Migrations- und Sicherheitspolitik.

Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union

Als mit dem britischen Referendum über einen „Brexit“ entschieden war, dass einer der großen Mitgliedstaaten die Europäische Union verlassen werde, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die taktischen Details der Verhandlungspartner.¹¹ Zwei Staaten hätten ein Modell der besonderen Beziehungen zur Europäischen Union bieten können: Norwegen und die Schweiz.¹² Es wurde aber bald klar, dass Großbritannien einen eigenen Weg einschlagen wollte.

Auf EU-Seite stellte sich bald Verärgerung über die Grundhaltung der britischen Seite ein: Das Pochen auf die eigene Souveränität bei gleichzeitig fehlendem Respekt für die Souveränität der Europäischen Union.

Neben den Grundsatzpapieren der britischen Regierung und die jeweilige Reaktion der Europäischen Union – in der Regel vorgebracht vom Chefunterhändler Michel Barnier – erreichten sensible Konfliktpunkte immer wieder Aufmerksamkeit: Von der Frage nach der irischen Grenzkontrolle und ihre möglicherweise höchst gewaltsamen Folgen,¹³ über das Thema der Unabhängigkeit Schottlands und dann ökonomisch-politische Kernfelder wie die Zukunft der Wissenschaftskooperation und die Zukunft des Bankenwesens.

Die Verhandlungspartner einigten sich auf eine 21-monatige Übergangsfrist nach dem Austritt, der Ende März 2019 vollzogen werden soll. In der Übergangszeit soll sich Großbritannien weiter an alle EU-Regeln halten und auch finanzielle Beiträge wie bisher nach Brüssel überweisen. Dafür behält in dieser Zeit das Land den Zugang zum EU-Binnenmarkt und bleibt Teil der Zollunion.

9 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Polen“ in diesem Jahrbuch.

10 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

11 Zum Brexit siehe Funda Tekin: Was folgt auf den Brexit? In: *integration* 3/2016, S. 183–197; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexit-Verfahren“ in diesem Jahrbuch.

12 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die EFTA-Staaten, der EWR und die Schweiz“ in diesem Jahrbuch.

13 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Irland“ in diesem Jahrbuch.

Polen und Ungarn: Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit

Die Position der Europäischen Union gegenüber Polen¹⁴ und Ungarn wurde von ernsthaften Zweifeln an der Rechtsstaatlichkeit bestimmt. So entschied die Europäische Kommission angesichts verabschiedeter Gesetze, die die Unabhängigkeit der Justiz in Polen in Frage stellen, ein Verfahren anzustreben. Den Entzug der Stimmrechte musste Polen fürchten, da Ungarn ein Veto für diese Abstimmung angekündigt hat. Es geht um die Betonung der Europäischen Union im Blick auf Gültigkeit und Relevanz ihrer vertraglichen Grundprinzipien. Und diese Prinzipien werden auch von Ungarn in Frage gestellt.¹⁵

Spanien und Italien

Eine dritte Stufe von Systemproblemen war in Spanien und in Italien zu beobachten. Kataloniens Unabhängigkeitsstreben nahm zusätzliche Dimensionen an,¹⁶ indem Belgien¹⁷ und Deutschland zur Fluchtlinie des katalonischen Regierungschefs gehörten. In Italien dauerte es sehr lange, bis eine Regierung ins Amt kam und diese Regierung hatte nun eine höchst antieuropäische Konnotation.¹⁸ Die Medien stellten fest, nun sei Europa im Kern getroffen: „Mit Italien kann sich die EU auf das Schlimmste gefasst machen, muss aber die Nerven halten.“¹⁹

Westbalkan

Neben dem Trend der Erosion der Europäischen Union ist auch der Gegentrend zu beobachten: Magnetische Attraktion des Integrationsprozesses, mindestens der Wunsch, dieser Union beizutreten. Die Europäische Union macht den sechs Westbalkanstaaten (Serbien, Montenegro, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Albanien, Kosovo) Hoffnung auf eine EU-Mitgliedschaft, die im politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interesse der Union sei. Für Serbien und Montenegro wird sogar das Jahr 2025 als Beitrittsjahr genannt. Dieser Prozess wird seitens der Europäischen Union mit finanziellen Hilfen stark unterstützt und gefördert.²⁰

Migration

Sachpolitisch zählte zu den besonderen Herausforderungen das Problem der Migration: „Scheitert Europa? Wie die Flüchtlingskrise zur Schicksalsfrage der EU wurde.“²¹ Dabei hat sich die Faktenlage deutlich entdramatisiert. Die Zahl illegaler Grenzübertritte in die Europäische Union ist um 96 Prozent gesunken. Trafen 2015 über das östliche Mittelmeer täglich noch 10.000 Flüchtlinge ein, so waren es zuletzt nur noch durchschnittlich 81. Auf der zentralen Route von Afrika nach Italien sank die Zahl gegenüber 2017 um 77 Prozent. Bei den Maßnahmen zur Krisenbewältigung hat die Europäische Union spürbare Fort-

14 Vgl. vertiefend: Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 10-11/2018; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Polen“ in diesem Jahrbuch.

15 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Ungarn“ in diesem Jahrbuch.

16 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Spanien“ in diesem Jahrbuch.

17 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Belgien“ in diesem Jahrbuch.

18 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Italien“ in diesem Jahrbuch.

19 Süddeutsche Zeitung vom 25.5.2018, S. 4.

20 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“, „Albanien“, „Bosnien und Herzegowina“, „Kosovo“, „Mazedonien“, „Montenegro“ und „Serbien“ in diesem Jahrbuch.

21 Handelsblatt, 29.6.2018, S. 1; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik“ in diesem Jahrbuch.

schritte erzielt. Dazu zählen der Ausbau der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) zu einem Europäischen Grenz- und Küstenschutz ebenso wie die Einrichtung der Hotspots in Griechenland und Italien als Erstaufnahme- und Registrierungseinrichtungen.²² Zur Verbesserung der praktischen Maßnahmen gehört in diesem Kontext auch das EU-Türkei-Abkommen vom 18. März 2016.

Die Europäische Union bleibt zu diesem Thema unter Druck.²³ Durch die Maßnahmen der vergangenen Jahre hat die EU Zeit gewonnen. Aber global werden Migration und Flucht weiter zunehmen.

Sicherheitspolitik

Seit langer Zeit erodiert das Vertrauen der Europäer in die Vereinigten Staaten.²⁴ Erosionen in den transatlantischen Beziehungen sind unübersehbar – ebenso wie die Zeichen, die auf eine Entfreundung zwischen Europa und Amerika hinweisen.²⁵ Ebenso haben in einer dramatischen Form die inneramerikanischen Spannungen zugenommen. Und dann kam ein Politiker, der sich dies alles für seinen persönlichen Erfolg zu Nutze machen konnte: Donald Trump. Als amerikanischer Präsident stellte er dies alles unter das Motto ‚America first‘. Folgerichtig wies er die Europäer darauf hin, sie sollten sich nun doch selbst um ihre Sicherheit kümmern.²⁶ Auch Elemente von transatlantischen Handelskriegen wurden beschrieben. Für die Europäer war dies ein überfälliger Weckruf. Entsprechend zupackend bemühte sich nun die Europäische Union, ihre sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit auszubauen. Medial fand es seinen Niederschlag in imposanten Überschriften: „Das Ende der Enthaltensamkeit“,²⁷ „Mit vereinten Kräften sollte die gemeinsame Verteidigung effizienter werden.“²⁸ 23 Mitgliedstaaten setzten ihre Unterschrift unter Dokumente, die eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion begründen sollten²⁹ – strukturell als differenzierte Integration, in der Vertragssprache als „Ständige Strukturelle Zusammenarbeit“. Hilfreich für diesen Fortschritt war zweifellos, dass Großbritannien solche Initiativen in der Sicherheitspolitik nach dem „Brexit“-Beschluss nicht mehr ausbremste. Zu den 17 markanten Vereinbarungen gehörten unter anderem die Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds, der 2019 und 2020 mit 500 Mio. Euro ausgestattet sein soll, der

22 Vgl. Klein/Plotzka/Tittel: Neustart durch inklusive Avantgarde?, 2018, S. 148–151.

23 Vgl. Mark Leonard: Sondierungen für Europa. Wie die nächste Bundesregierung die EU vor dem Zerfall bewahren kann, in: Internationale Politik 1-2/2018, S. 37–43; derselbe Europas Galapagos-Moment. Persönliche Gedanken zur Zukunft der EU, in: Internationale Politik 6-7/2017, S. 68–77; Josef Janning/Almut Möller: Was Europa verbindet. Stärkerer Zusammenhalt in der EU ist machbar, aber Berlin muss mehr tun, in: Internationale Politik 3/2018, S. 32–37.

24 Vgl. vertiefend: Werner Weidenfeld: Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit, Gütersloh 1996.

25 Siehe Renate Köcher: Die große Entfreundung, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.5.2018, S. 8.

26 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und die USA“ in diesem Jahrbuch.

27 Süddeutsche Zeitung vom 14.11.2017, S. 7.

28 Vgl. vertiefend: Thomas Jäger: Europäische Sicherheitskooperation. Bestandsaufnahme und Handlungsfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 43-45/2016, S.21–28; Anna-Maria Kellner: Zum Erfolg verdammt? Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ein Jahr nach der Globalen Strategie, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 1/2018, S. 1–11; Rosa Beckmann/Ronja Kempin: EU-Verteidigungspolitik braucht Strategie, in: SWP-Aktuell 2017/A 60, August 2017; Annegret Bendiek: Die Globale Strategie für die Außen und Sicherheitspolitik der EU, in: SWP-Aktuell 2016/A 44, Juli 2016.

29 Vgl. Klein/Plotzka/Tittel: Neustart durch inklusive Avantgarde?, 2018, S. 153ff; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

Ausbau der Europäischen Verteidigungsagentur, die Verwirklichung der 2016 angenommenen „Globalen Strategie zur Außen- und Sicherheitspolitik“³⁰ sowie die Einigung auf eine Kommandozentrale für EU-Auslandseinsätze, die Einrichtung eines europäischen medizinischen Koordinierungszentrums (Military Planning and Conduct Capability, MPCC) und die Schaffung eines logistischen Zentrums für die Erleichterung militärischer Transporte. Im Juni 2018 einigten sich dann neun Verteidigungsminister auf die Gründung einer „Europäischen Interventionsinitiative“ (EI2) die in Krisenfällen aktiv werden soll. Parallel zu diesen sicherheitspolitischen Fortschritten muss der Sozialgipfel in Göteborg im Dezember 2017 registriert werden, bei der sich die EU-Mitglieder auf die „europäische Säule sozialer Rechte“ verpflichteten, die auf soziale Mindeststandards wie faire Löhne, Arbeitslosenhilfe, Bildung für alle, Gesundheitsversorgung und Gleichberechtigung abzielt.³¹

Anregung zur Zukunftsstrategie

Die Europapolitik wurde weiterhin dominiert vom Krisenmanagement in einzelnen Fragmenten – von der Brexitentscheidung bis zur Migration,³² von Einzelkonflikten zu Polen und Ungarn, zu Spanien und Italien: Spürbar wuchs hinter all diesen Einzelvorgängen die Kritik an der strategischen Sprachlosigkeit der Europäischen Union. Man spürte das Verlangen nach Beiträgen, die diese Erwartung auf Zukunftsbilder Europas erfüllen sollten. Einige führende Europapolitiker lieferten Beiträge dazu: Jean-Claude Juncker, Angela Merkel und Emmanuel Macron.

Jean-Claude Juncker hatte ja bereits 2017 die Diskussion angestoßen mit der Vorlage des Weißbuches der Europäischen Kommission,³³ das fünf mögliche Zukunftsszenarien detailliert darlegte. Damit waren aber lediglich diverse Möglichkeiten reflektiert, keine konzise Strategie vorgelegt. Präziser wurde er im Februar 2018, als er anregte, die bislang getrennten Funktionen des Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates unter einem „Doppelhut“ zu vereinen.³⁴ Er verband damit die Anregung, das bei der Europawahl 2014 erstmals praktizierte Verfahren des Einsatzes von Spitzenkandidaten beizubehalten. Das Modell der Spitzenkandidaten wurde auch vom Europäischen Parlament kräftig unterstützt.³⁵

Angela Merkel schaltete sich in die Diskussion mit der Stärkung der Eurozone unter anderem durch die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds ein.³⁶ Außerdem regte sie an, einen EU-Sicherheitsrat und eine europäisierte Eingreiftruppe zu schaffen. Als Überschrift kann man den früheren Weckruf Angela Merckels verwenden: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“³⁷

30 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ in diesem Jahrbuch.

31 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ in diesem Jahrbuch.

32 Vgl. Klein/Plotka/Tittel: Neustart durch inklusive Avantgarde?, 2018, S. 147–157.

33 Siehe EU-Nachrichten vom 2. März 2017, S. 1 f.; Otto Schmuck: Das Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas, in: *Integration* 4/2017, S. 276–294.

34 *Süddeutsche Zeitung* vom 15.2.2018, S. 6.

35 Siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8.2.2018, S. 4; *Süddeutsche Zeitung* vom 8.2.2018, S. 9; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Europäisches Parlament“ in diesem Jahrbuch.

36 Siehe *Süddeutsche Zeitung* vom 4.6.2018, S. 1, 4 und 6.

37 *Süddeutsche Zeitung* vom 3.8.2018, S. 4; Thomas Gutschker/Eckart Lohse: Existenzfragen für Europa, Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 3.6.2018; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Bundesrepublik Deutschland“ in diesem Jahrbuch.

Größte Resonanz fand der französische Staatspräsident Emmanuel Macron³⁸ mit seinen diversen Grundsatzreden zur Zukunft Europas: an der Universität Sorbonne, vor dem Europäischen Parlament und anlässlich der Verleihung des Karlspreises.

Macron kritisierte in seiner Sorbonne-Rede³⁹ die Europäische Union als „zu langsam, zu schwach und zu ineffizient.“⁴⁰ Europa müsse neu gegründet werden. Und weiter: „Deutschland sollte das Risiko eingehen, uns Vertrauen zu schenken.“⁴¹ Ein neuer Deutsch-Französischer Freundschaftsvertrag steht an.

Macron listet in seinen Reden eine Fülle von Forderungen auf: So fordert er einen eigenen Etat für die Eurozone mit einem eigenen Finanzminister, ein europäisches Verteidigungsbudget und eine gemeinsame Interventionstruppe, eine europäische Staatsanwaltschaft, eine europäische Asylbehörde und einen europäischen Zivilschutz, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie die Schaffung von 20 europäischen Universitäten mit europäischen Abschlüssen.⁴² Dabei fasst er seine Europa-Reformforderung immer wieder unter „die Neugründung Europas“⁴³ zusammen.

Die Ideen und Vorschläge der drei Spitzenpolitiker Juncker, Merkel und Macron zur Europa-Reform bieten insgesamt einen langen Katalog einzelner Reformschritte. Was sich daraus bisher nicht ableiten lässt, ist ein in sich stimmiger strategischer Zukunftsentwurf. Auch eine Vielzahl von Einzelvorschlägen⁴⁴ kann die Klage über die strategische Sprachlosigkeit nicht wirklich überwinden.

Europas Horizont

Es mangelt nicht an Kritik an dem Status quo der Integrationspolitik. Jürgen Habermas erhielt viel Beifall, als er beim Festakt anlässlich der Verleihung des „Deutsch-Französischen-Medienpreises“ in seiner Dankesrede sagte: „Statt langfristig zu denken, versinken die politischen Eliten im Sog eines kleinmütigen, demoskopisch gesteuerten Opportunismus kurzfristiger Machterhaltung.“⁴⁵ Zeitgleich finden wir die nächste aussagestärkere Überschrift zu Europa: „Nie hatten wir so viel zu verlieren wie heute.“⁴⁶ Und zugleich liegt das demoskopische Material vor: Die Zustimmung zur Europäischen Union ist gegenwärtig so hoch wie seit 1983 nicht.⁴⁷ Aus dem „Eurobarometer“ geht hervor, dass mehr als zwei Drittel der EU-Bürger und 75 Prozent der Deutschen der Ansicht sind, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert.

Europa kennt also Licht und Schatten. Es sucht nun Orientierung.

Die Vormoderne hat Identität gestiftet durch relativ einfache, überschaubare Lebensformen, durch geschlossene Weltbilder, durch ein stabiles Milieu, durch einen öffentlichen

38 Siehe vertiefend: Michael Wiegel: Emmanuel Macron. Ein Visionär für Europa – eine Herausforderung für Deutschland, Berlin 2018; Joachim Schild: Französische Europapolitik unter Emmanuel Macron, in: *Integration* 3/2017, S. 177–192; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Frankreich“ in diesem Jahrbuch.

39 Vgl. Französische Botschaft in Deutschland: Initiative für Europa – Die Rede von Staatspräsident Macron im Wortlaut, 29.8.2018, abrufbar unter: <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatsprasident-Macron-im-Wortlaut> (letzter Zugriff: 18.10.2018).

40 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.3.2018, S. 8.

41 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.3.2018, S. 8.

42 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Bildungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

43 Siehe unter anderem Die Welt: „Wir müssen Europa neu gründen!“, 25.3.2017, S. 2.

44 Vgl. Klein/Plottka/Tittel: Neustart durch inklusive Avantgarde?, 2018, S. 144–147.

45 Süddeutsche Zeitung vom 6.7.2018, S. 9.

46 Süddeutsche Zeitung vom 7.7.2018, S. 4.

47 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.5.2018, S. 1.

Konsens über die Alltagsbedeutung des Transzendenzbezugs des Menschen. In der Moderne sind diese kulturellen Rahmenbedingungen nicht mehr gegeben: Wachsende Kompliziertheit sozialer Organisationen, Pluralisierung der Lebenswelten, Anonymität sozialer Regelungen, Mobilität und steigende Verfallsgeschwindigkeit historischer Erfahrungen. Die Wissenssoziologie spricht in diesem Zusammenhang ganz anschaulich vom Leiden des modernen Menschen an einem sich dauernd vertiefenden Zustand der Heimatlosigkeit.

Angesichts der Erosion des gemeinsamen Symbolhaushaltes lautet der Befund: Europa braucht Ziele, Perspektiven, Orientierungen. Europa braucht einen normativen Horizont. Es muss dazu eine strategische Kultur aufbauen. Wer die große Zeitenwende Europas positiv beantworten will, der benötigt einen anderen kulturellen Umgang mit Europa:

(1) Neue Vitalität wird Europa nicht aus bürokratischen Mammutverträgen erwachsen. Europa kann heute durchaus als die rettende, elementare Antwort auf die Globalisierung und die damit verbundenen vielen Gewalt-Arenen der internationalen Konfliktlandschaft ein neues Ethos entfalten. Die Tür zu dieser neuen Sinnbegründung wäre geöffnet, wenn Europa ein strategisches Konzept der Differenzierung nach innen und nach außen böte. Nur die Europäische Union mit ihren knapp 450 Mio. Bürgern ist stark genug, den einzelnen Gesellschaften Schutz, Ordnung und Individualität zu garantieren.

(2) Eine komplizierte politische Wirklichkeit, die ihre Identität sucht, braucht den Ort repräsentativer Selbstwahrnehmung. In der klassischen Lehre der repräsentativen Demokratie ist dieser Ort das Parlament. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sind heute jedoch weit davon entfernt, der öffentliche Ort der Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft mit Zukunftsbildern und Hoffnungen, mit ihren Ängsten und Konflikten zu sein. Das Europäische Parlament muss also – wie auch die nationalen Parlamente – seine Rolle sensibler und intensiver verstehen und umsetzen. Dies wäre dann ein entscheidender Beitrag zur dringend notwendigen Steigerung der Legitimation der europäischen Integration.⁴⁸

(3) Identität wird durch einen gemeinsamen Erfahrungshorizont kreiert. Die Möglichkeiten hierzu bieten sich an. Die Dichte integrativer Verbindung hat drastisch zugenommen. Längst ist es nicht mehr bloß die Zollunion, der Agrarmarkt, der Außenhandel oder der Binnenmarkt.⁴⁹ Die Wirtschafts- und Währungsunion hat ebenso wie die neue Sicherheitslage einen schicksalhaften Schub ausgelöst.⁵⁰ Dies muss man politisch-kulturell beantworten. Europa muss sich als Strategie-Gemeinschaft begreifen, die einen gemeinsamen normativen Horizont realisiert.

Es geht also nicht um Traumtänzerie in eine neue historische Epoche. Es geht um die normativ fundierte Gestaltung von Interdependenz. Die Dichte der Verwebung von politischen, ökonomischen, kulturellen, digitalen Sachverhalten hat sich längst jenseits traditioneller Grenzen des Nationalen wie des Regionalen realisiert. Ein immenser Machttransfer ist bereits vollzogen. Entweder man wird davon überrollt, entmündigt, erdrosselt – oder man schafft adäquate Gestaltungsräume wie eine handlungsfähige und führungsstarke Europäische Union. Dieser Gestaltungsraum bedarf der normativen Grundierung, der plau-

48 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Nationale Parlamente“ in diesem Jahrbuch.

49 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Agrar- und Fischereipolitik“, „Außenwirtschaftsbeziehungen“ und „Binnenmarktpolitik“ in diesem Jahrbuch.

50 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Währungspolitik“ und „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

siblen Legitimation und der effektiven, klugen Führung. Das alles zusammen ist eine wirklich große, ja historische Aufgabe.

Die Europäer erzählen sich nicht eine gemeinsame Geschichte. Sie verfügen nicht über ein Narrativ.⁵¹ Ohne einen solchen Kontext der europäischen Selbstverständigung fehlen für den europapolitischen Kurs der Kompass und das stützende Geländer. Alles wird zum situationsorientierten Handeln. Dies ist jedoch nicht wie eine naturgesetzliche Zwangsläufigkeit über uns gekommen, sondern auch der Reflex einer jahrzehntelangen Vernachlässigung europäischer Orientierungsdebatten.

Der aktuelle Grundsatzbefund lautet daher: Europa braucht normative Horizonte. Es muss eine strategische Kultur aufbauen. Wir müssen Europas Seele suchen. Nur so wird der normative Horizont greifbar.

Weiterführende Literatur

- Maurizio Bach/Barbara Höning (Hrsg.): *Europasozio­logie*, Baden-Baden 2018.
- Blanka Bellak et al. (Hrsg.): *Governance in Conflict. Selected Cases in Europe and Beyond*, Wien 2017.
- Dominika Biegon et al.: *The Relaunch of Europe. Mapping Member States' Reform Interests. Country Issue: Germany*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.
- Wolfgang Boeckh (Hrsg.): *Den Europäischen Gedanken lebendig erhalten...*, München 2017.
- Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Europapolitik*, Baden-Baden 2016.
- Markus Brunnermeier/Harold James/Jean-Pierre Landau: *Euro. Der Kampf der Wirtschaftskulturen*, München 2018.
- Rudolf Decker: *Europa und Afrika. Von der Krise zu einer gemeinsamen Zukunft der Nachbarkontinente*, Freiburg 2017.
- Christian D. Falkowski: *Europa für uns. Warum wir Europa brauchen*, Baden-Baden 2018.
- Joschka Fischer: *Der Abstieg des Westens. Europa in der neuen Weltordnung des 21. Jahrhunderts*, Köln 2018.
- Thorben Fischer: *Die Demokratiedefizite des Krisenmanagements in der europäischen Finanz- und Schuldenkrise*, in: *Zeitschrift für Politik* 4/2017, S. 411–436.
- Kai Gehring et al.: *Am besten allein? Separatismus in Europa: Welche Kräfte treiben die Unabhängigkeitsbewegungen an?*, in: *ifo-Schnelldienst* 23/2017, S. 3–18.
- Michael Gehler: *Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung, Zusammenhalt*, Reinbek 2018.
- Michael Gehler: *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten und Konservativen*, Berlin/Boston 2017.
- Carmen Gerstenmeyer et al.: *The Relaunch of Europe. Mapping Member States' Reform Interests. Country Issue: France*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.
- Alexander Grasse /Jan Labitzke: *Politikwechsel mit Ansage – Ursachen und Hintergründe des Wahlerfolgs der Populisten in Italien*, in: *Institut für Europäische Politik/IEP Berlin: Research Paper No. 1/2018*.
- Ulricke Guérot: *Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde*, Berlin 2017.
- Björn Hacker: *Soziales Europäisches Semester? Die Europäische Säule sozialer Rechte im Praxistest*, Institut für Europäische Politik, Research Paper 2/2018.
- Nicolaus Heinen et al.: *Alles auf Anfang. Warum der Euro scheitert – und wie ein Neustart gelingt*, Frankfurt/New York 2017.
- Gudrun Heutges et al. (Hrsg.): *Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog*, Wiesbaden 2017.
- Wolfgang Hilz/Antje Nötzold (Hrsg.): *Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch*, Wiesbaden 2018.
- Josef Janning/Almut Möller: *Was Europa verbindet. Stärkerer Zusammenhalt in der EU ist machbar, aber Berlin muss mehr tun*, in: *Internationale Politik* 3/2018, S. 32–37.
- Thomas Jansen: *Europa verstehen. Reflexionen gegen die Krise der Union*, Baden-Baden 2016.

51 Vgl. vertiefend: Wolfgang Schmale: *Was wird aus der Europäischen Union? Geschichte und Zukunft*, Stuttgart 2018.

- Stefan Kadelbach (Hrsg.): Die Welt und Wir. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union, Baden-Baden 2017.
- Ferdinand Karlhofer/Günther Pallaver: Federal-Power-Sharing in Europe, Baden-Baden 2017.
- Othmar Karus: Die europäische Demokratie. Grenzen und Möglichkeiten des Europäischen Parlaments, Berlin 2018.
- Anna-Maria Kellner: Zum Erfolg verdammt? Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ein Jahr nach der Globalen Strategie, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 1/2018, S. 1–11.
- Julia Klein/Julian Plottka/Amelie Tittel: Der Neustart der europäischen Integration durch eine inklusive Avantgarde?, in: integration 2/2018, S. 141–168.
- Ivan Kraster: Europadämmerung, Berlin 2017.
- Ludger Kühnhardt: Weltfähig werden. Die Europäische Union nach dem Biedermeier, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Discussion Paper C 242/2017, Bonn 2017.
- Armin Laschet (Hrsg.): Europa im Schicksalsjahr, Freiburg 2016.
- Robert Liebi: Das neue Europa. Hoffnung oder Illusion?, Berneck 2004.
- Hartmut Marhold: Die EU-Krisenpolitik: Chaos oder Kosmos?, Tübingen 2015.
- Carlo Masala (Hrsg.): Grenzen, Multidimensionale Begrifflichkeit und aktuelle Debatten, Baden-Baden 2018.
- Robert Menasse: Die Hauptstadt, Berlin 2017.
- Laia Mestres et al.: The Relaunch of Europe. Mapping Member States' Reform Interests. Country Issue: Spain, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.
- Pol Morillas et al.: Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei in einem stürmischen globalen Umfeld, in: integration 1/2018, S. 5–25.
- Oskar Negt et al.: Europa jetzt! Eine Ermutigung, Göttingen 2018.
- Eleonora Poli et al.: The Relaunch of Europe. Mapping Member States' Reform Interests. Country Issue: Italy, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.
- Thomas Roithner: Sicherheit, Supermacht, Schießgewähr, Krieg und Frieden am Globus, in Europa und Österreich, Wien 2018.
- Wolfgang Schmale: Was wird aus der Europäischen Union? Geschichte und Zukunft, Stuttgart 2018.
- Alexander Schellinger/Philipp Steinberg (Hrsg.): The Future of the Eurozone, Bielefeld 2017.
- Otto Schmuck: Das Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas, in: Integration 4/2017, S. 276–294.
- Gregor Schöllgen: Krieg. Hundert Jahre Weltgeschichte, München 2017.
- Hans-Peter Schwarz: Die neue Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten, München 2017.
- Hans-Werner Sinn: Der schwarze Juni, Freiburg 2016.
- Brendan Simms/Benjamin Zeeb: Europa am Abgrund. Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa, München 2016.
- Edmund Stoiber/Bodo Hombach (Hrsg.): Europa in der Krise. Vom Traum zum Feindbild, Marburg 2017.
- Funda Tekin: Was folgt auf den Brexit? Mögliche Szenarien differenzierter (Des-)Integration, in: integration 3/2016, S. 183–197.
- Alexander Thiele: Das Mandat der EZB und die Krise des Euro, Tübingen 2013.
- Alexander Thiele: Verlustdemokratie, Tübingen 2018.
- Jürgen Turek: Globalisierung im Zwiespalt. Die postglobale Misere und Wege sie zu bewältigen, Bielefeld 2017.
- Johannes Varwick: NATO in (Un-)Ordnung. Wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird, Schwalbach 2017.
- Roland Vaubel: Das Ende der Euromantik. Neustart jetzt, Wiesbaden 2018.
- Winfried Veit: Europas Selbstbehauptung in einer bedrohlichen Welt, Berlin 2016.
- Klaus Weber/Henning Ottmann: Reshaping the European Union, Baden-Baden 2018.
- Werner Weidenfeld: Europas Seele suchen, Baden-Baden 2017.
- Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels: Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Baden-Baden 2016.
- Werner Weidenfeld: Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeiten, Gütersloh 1996.
- Ernst Ulrich von Weizsäcker/Anders Wijkman: Come on! Capitalism, Short-termism, Population and the Destruction of the Planet. A Report to the Club of Rome, New York 2018.

Michael Wiegel: Emmanuel Macron. Ein Visionär für Europa – eine Herausforderung für Deutschland, Berlin 2018.

Andre Wilkens: Der diskrete Charme der Bürokratie. Gute Nachrichten aus Europa, Frankfurt 2017.

Heinrich Winkler: Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika, München 2017.

Andrea Zeller: Eurorettung um jeden Preis? Die Frage nach der demokratischen Legitimität, Baden-Baden 2018.